

Mobilität in der beruflichen Bildung erfordert eine umfangreiche Betreuung im Gastland

Durch Sprachförderung, vorbereitende Maßnahmen im Herkunftsland und weitere Hilfestellungen werden mehr junge Erwachsene aus den EU-Ländern dazu veranlasst, in Deutschland eine Berufsausbildung zu beginnen. Ein relativ hoher Prozentsatz von ihnen bricht allerdings die Berufsausbildung wieder ab und kehrt in das Herkunftsland zurück. Die Evaluation des Sonderprogramms MobiPro-EU, die seit 2014 von einem Forschungskonsortium unter Federführung des IAW durchgeführt wurde, ermittelte die Ursachen dieser Prozesse und untersuchte, welche Erfahrungen aus dem Sonderprogramm in künftige Maßnahmen zur Erhöhung der Mobilität übertragen werden können.

Während in der tertiären Bildung ein Drittel der deutschen Studierenden mindestens ein Semester im Ausland absolviert, sind Auslandsaufenthalte bei Auszubildenden im dualen System der Berufsausbildung noch immer die Ausnahme. Entsprechend selten kommt es auch vor, dass junge Erwachsene nach Deutschland zuwandern, um hier eine Berufsausbildung

zu beginnen. Die Evaluation von MobiPro-EU ergibt jedoch klare Hinweise darauf, dass durch eine Sprachförderung und weitere Vorbereitung im Herkunftsland Hemmnisse für die Mobilität gesenkt wurden. In den Jahren zwischen 2003 und 2012 haben jährlich zwischen 500 und 1.000 Personen, die eine EU-Staatsangehörigkeit hatten und vorher nicht in Deutschland waren, eine berufliche Ausbildung im dualen System aufgenommen. Im Jahr 2015 sind allein durch MobiPro-EU 2.166 Personen zu einer dualen Ausbildung nach Deutschland gekommen, im Folgejahr waren es sogar 2.384. Nach Ergebnissen einer Befragung der MobiPro-EU-Ausbildungsbetriebe hätten knapp 40 % von ihnen ohne das Sonderprogramm keine Auszubildenden aus EU-Ländern eingestellt. Auch das lässt den Schluss zu, dass MobiPro-EU zusätzliche Mobilität bewirkt hat.

Allerdings haben 40 % der Teilnehmenden, die eine Berufsausbildung in Deutschland begonnen hatten, diese Ausbildung

Fortsetzung Seite 2

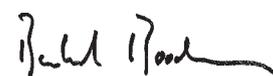
EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

die Europäische Union macht schwierige Zeiten durch. Noch immer sind die Modalitäten des Ausscheidens des Vereinigten Königreichs ungeklärt. In den südlichen Mitgliedsländern ist die Unzufriedenheit nach einem Jahrzehnt der wirtschaftlichen Stagnation oder Schrumpfung groß.

Nach den ökonomischen Lehrbüchern können Ungleichgewichte innerhalb eines gemeinsamen Währungsraumes durch Arbeitskräftewanderung gemindert werden – italienische Fachkräfte kommen also nach Deutschland, um hier freistehende Positionen zu besetzen. Die Berufsbildungssysteme sind jedoch für einen gemeinsamen europäischen Arbeitsmarkt noch zu unterschiedlich. Deshalb ist es sinnvoll, wenn Auszubildende während ihrer Ausbildung eine Station in einem anderen Land einlegen können. Schließlich hat die Mobilität in der beruflichen Bildung in vielen Gewerken und Ausbildungsberufen eine große Tradition. Es reicht aber nicht aus, Informationen und Vermittlungsleistungen über Portale und Plattformen bereitzustellen, wie es die EU derzeit vorsieht. Sie sollte sich vielmehr aktiv bemühen, die Arbeitnehmerfreizügigkeit wirkungsvoll zu unterstützen. Die bestehenden Förderungen im Rahmen des Erasmus⁺-Programms sind ein guter Ansatzpunkt, reichen aber nicht aus.

Eine interessante Lektüre wünscht

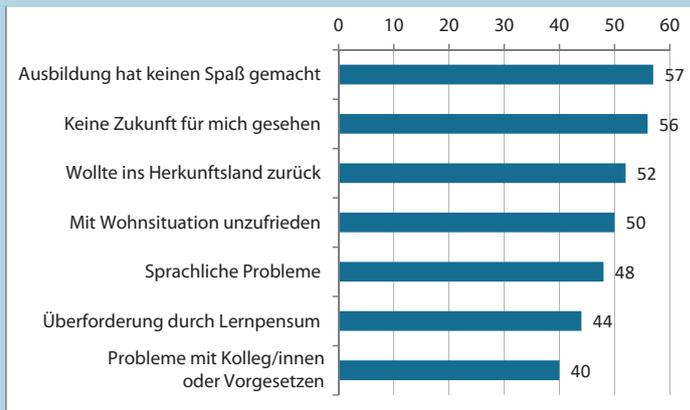


Prof. Dr. Bernhard Boockmann

Aus dem Inhalt:

Editorial	1	Betriebe beschäftigen Geflüchtete weit überwiegend in einfachen Tätigkeiten	3
Mobilität in der beruflichen Bildung erfordert eine umfangreiche Betreuung im Gastland	1	IAW-Veranstaltungen	4
Forschungsberichte aus dem IAW:		Personalien	4
„Mittelstandsradar“: Es fehlen vor allem beruflich ausgebildete Fachkräfte	2	Impressum / Kontakt	4
Ein Modellprojekt mit einem „Peer-to-Peer“-Ansatz hilft nur teilweise bei der Betreuung arbeitsmarktferner Haushalte	3	Weitere Informationen zum IAW sowie aktuelle Pressemitteilungen finden Sie im Internet auf der IAW-Website unter www.iaw.edu .	

Abbruchgründe aus Sicht der ehemaligen Auszubildenden, die ihre Ausbildung vorzeitig beendet hatten (in %, Mehrfachnennungen waren zugelassen)



Quelle: Teilnehmerbefragung, eigene Berechnungen.

im ersten Ausbildungsjahr abgebrochen. Dieser Anteil stieg bis zum Ende des zweiten Ausbildungsjahres auf gut 50%. Ausbildungsabbruch bedeutet dabei das Ende der im Rahmen von MobiPro-EU geförderten Berufsausbildung in Deutschland und ist zu unterscheiden von der Vertragslösung mit einem Ausbildungsbetrieb. Der Vergleich mit allen Auszubildenden im dualen Ausbildungssystem zeigt, dass es die Teilnehmenden offenbar deutlich schwerer in der Berufsausbildung haben als inländische Auszubildende.

Das Abbruchrisiko hängt von einer Vielzahl von individuellen Voraussetzungen, aber von auch Merkmalen der Umsetzung von MobiPro-EU ab. Die Abbildung zeigt einige der Ursachen, die von den Abbrecherinnen und Abbrechern selbst genannt wurden. Ein wichtiges Ergebnis der Evaluation ist der hohe Stellenwert der

richtigen Auswahl der Teilnehmenden. Teilnehmende und Ausbildungsplätze müssen gut zueinander passen und die beruflichen Vorstellungen der Teilnehmenden berücksichtigt werden. Im Fall von MobiPro-EU war dies nicht immer gewährleistet. Um die Teilnehmenden umfassend auf die Ausbildungszeit in Deutschland vorzubereiten, zentrale Aspekte des Lebens in Deutschland zu vermitteln und mögliche Sorgen und Ängste zu bewältigen, ist es wichtig, dass schon im Herkunftsland eine intensive und persönliche Betreuung durch „Kümmerer“ einsetzt.

Der Erwerb deutscher Sprachkenntnisse stellte eine der größten Herausforderungen in der Umsetzung des Sonderprogramms dar. In der statistischen Analyse erwies sich die mangelnde Beherrschung der deutschen Sprache als ein signifikanter Faktor, der das Risiko eines Ausbil-

dingsabbruchs erhöhte. Dabei spielten vor allem die hohen sprachlichen Anforderungen in der Berufsschule eine Rolle. Zwei von fünf jungen Erwachsenen, die ihre Teilnahme vorzeitig beendet hatten, nannten Probleme mit Kollegen und Vorgesetzten im Ausbildungsbetrieb unter den Ursachen für den Abbruch. In solchen Fällen kann die Organisation eines Betriebswechsels ein geeignetes Mittel sein, um einen Abbruch der Förderung zu verhindern.

Eine wichtige Erfahrung aus der Umsetzung des Sonderprogramms ist, dass viele Hebel in Bewegung gesetzt und eine Vielzahl von Voraussetzungen geschaffen werden müssen, damit junge Erwachsene in einem anderen Land erfolgreich eine berufliche Ausbildung absolvieren können. Es reicht nicht aus, Informationen über Portale bereitzustellen und punktuelle Förderungen der Mobilität anzubieten. Wichtig ist eine fortlaufende Betreuung und Unterstützung über den gesamten Ausbildungszeitraum.

→ IAW/ISG/SOKO: Evaluation des Sonderprogramms „Förderung der beruflichen Mobilität von ausbildungsinteressierten Jugendlichen aus Europa (MobiPro-EU)“; http://www.iaw.edu/tl_files/dokumente/180917_Abschlussbericht_MobiProEU_final.pdf

Ansprechpartner:
Prof. Dr. Bernhard Boockmann
Tel. 07071 9896-20
bernhard.boockmann@iaw.edu

„Mittelstandsradar“: Es fehlen vor allem beruflich ausgebildete Fachkräfte

Die zweite Ausgabe des Mittelstandsrads, den das IAW in Partnerschaft mit der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) erarbeitet hat, zeigt, dass die Engpässe am Arbeitsmarkt den deutschen Mittelständlern spürbar zusetzen. Insbesondere beruflich Ausgebildete fehlen: 74% der Unternehmen mit Fachkräftemangel sehen ihr Unternehmen vom Mangel an beruflich ausgebildeten Arbeitskräften betroffen.

Dahinter folgen mit deutlichem Abstand der Mangel an Bewerbern für Ausbildungsplätze (43%) und der Mangel an Hochschulabsolventen (41%). Als Grund für den Fachkräftemangel wird von 60% der Unternehmen die mangelnde Qualifikation beruflich Ausgebildeter genannt, während diese mit der Qualifikation von Hochschulabsolventinnen und -absolventen deutlich weniger unzufrieden sind.

Für den Mittelstandsradar wurden im September 2018 mehr als 200 CEOs und andere leitende Mitarbeiter von mittelständischen Unternehmen befragt.

→ Der Mittelstandsradar kann heruntergeladen werden unter: https://www.lbbw.de/public/research/20181105_lbbw_research_mittelstandsradar_m.pdf

Ein Modellprojekt mit einem „Peer-to-Peer“-Ansatz hilft nur teilweise bei der Betreuung arbeitsmarktferner Haushalte

Von Dezember 2015 bis Dezember 2017 wurde an fünf Standorten in Nordrhein-Westfalen das ESF-finanzierte Modellprojekt „Schritt für Schritt – Brücken bauen“ umgesetzt. Ziel des Modellprojekts war es, arbeitsmarktferne Haushalte, die Arbeitslosengeld II beziehen, wieder an bestehende Hilfesysteme heranzuführen. Dies wurde als entscheidende Voraussetzung angesehen, um die Hilfebedürftigkeit zu überwinden und schrittweise eine Heranführung an den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Zentrales Element war hierbei der „Peer-to-Peer-Ansatz“, der eine niederschwellige Ansprache und Unterstützung durch andere Personen im ALG-II-Bezug („Lotsen“) bieten sollte. Eine professionelle Begleitung durch hauptamtliche Mitarbeitende („Coaches“) sollte die Lotsen bei deren Bemühungen unterstützen, die Lebenssituation der ALG-II-Haushalte zu verbessern. Gleichzeitig sollten die Lotsen von den Coaches dabei unterstützt werden, die eigene Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern und neue berufliche Perspektiven zu entwickeln.

Die Evaluation des Modellprojekts durch das IAW zeigt, dass der „Peer-to-Peer-Ansatzes“ nicht in Reinform umgesetzt

wurde. Dieser besteht in der Bildung einer individuellen Mentor-Mentee-Beziehung. Im Modellprojekt bedeutete „Peer-to-Peer“ jedoch die Begegnung von Lotsen und ALG-II-Haushalten in der Gruppe. Den Teilnehmenden wurde ein Raum für offene Treffs angeboten, in denen sie sich austauschen und gegenseitig helfen konnten. Dies half, die soziale Isolation aufzubrechen, führte aber nicht unbedingt zu einer kontinuierlichen Begleitung und Unterstützung.

Insgesamt führte das Projekt nur teilweise zu den erwünschten Resultaten. Zwar konnte die Zielgruppe im Großen und Ganzen erreicht werden. Die Teilnahme am Projekt wirkte der Vereinsamung der ALG-II-Haushalte entgegen und trug zur sozialen Stabilisierung bei. In einigen Fällen – allerdings nicht in allen – entwickelten die Haushalte Selbsthilfekapazitäten. Als problematisch erwies sich jedoch, dass die Lotsen hinsichtlich Stabilität und Problembewältigung gegenüber den unterstützten Haushalten keinen nennenswerten Vorsprung hatten. So war die Lebenssituation der Lotsen wie die der Haushalte vor allem durch Vereinsamung gekennzeichnet.

Die Lotsen agierten in einer doppelten Rolle: Sie waren als gestaltende Akteure tätig, die Haushalte begleiteten und unterstützten. Zugleich waren sie aufgrund ihrer Lebenssituation selbst ratsuchende Personen. Durch ihre Lotsentätigkeit erfuhren die Lotsen motivierende Anerkennung und Wertschätzung. Sie gewannen an Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein und verbesserten dadurch indirekt ihre Beschäftigungsfähigkeit. Sie verbanden mit ihrer Tätigkeit eine große Verantwortung. Dies trug jedoch dazu bei, dass die Lotsen sich weniger in Richtung Arbeitsmarkt orientierten und die Arbeitsuche zurückstellten.

→ Andrea Kirchmann/Rolf Kleimann/Christin Schafstädt u.M.v. Anne Zühlke: Evaluierung und Monitoring des ESF-finanzierten Modellprojektes „Schritt für Schritt – Brücken bauen“, http://www.iaw.edu/tl_files/dokumente/IAW_Schritt_fuer_Schritt_Bruecken_bauen_Endbericht_Februar_%202018.pdf

Ansprechpartnerin:
Andrea Kirchmann
Tel. 07071 9896-33
andrea.kirchmann@iaw.edu

Betriebe beschäftigen Geflüchtete weit überwiegend in einfachen Tätigkeiten

Nach den Ergebnissen einer Untersuchung des IAW für die Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit beschäftigten 7% der baden-württembergischen Betriebe zur Jahresmitte 2017 mindestens eine geflüchtete Person. Kontakt zu Geflüchteten hatten 13% der Betriebe. Der Großteil der Geflüchteten war in einfachen Tätigkeiten beschäftigt (89%), in hochqualifizierten Tätigkeiten hingegen kaum (0,4%). Damit ist in Baden-Württemberg ein noch etwas höherer Anteil der Geflüchteten in einfachen Tätigkeiten beschäftigt als in Deutschland insgesamt. Allerdings werden mehr Geflüchtete beruflich ausgebildet. Dass Geflüchtete überwiegend einfache

Tätigkeiten ausüben, bedeutet nicht, dass sie nur geringe berufliche Qualifikationen besitzen, denn Geflüchtete werden teilweise auch in Tätigkeiten unter ihrer beruflichen oder schulischen Qualifikation beschäftigt.

Eine multivariate Analyse zeigt, dass eine positive Geschäftsentwicklung wegen des höheren Arbeitskräftebedarfs die Wahrscheinlichkeit erhöht, Geflüchtete zu beschäftigen. Dabei sind es vor allem Betriebe mit unterdurchschnittlicher Produktivität, in denen Geflüchtete tätig sind, was darauf hindeutet, dass in diesen Betrieben einfache Arbeitstätigkeiten häufiger vorkommen. Wie zu erwarten ist,

gibt es einen positiven Zusammenhang zwischen betrieblichen Maßnahmen für die Integration Geflüchteter und ihrer Beschäftigung.

→ Isabell Göbel: Die Beschäftigung von Geflüchteten in baden-württembergischen Betrieben – Ein Bericht auf Basis des IAB-Betriebspanels 2016-2017. IAW-Kurzbericht 1/2018, <http://www.iaw.edu/index.php/IAW-Kurzberichte>

Ansprechpartner:
Günther Klee
Tel. 07071 9896-25
guenther.klee@iaw.edu

Staatsministerin Annette Widmann-Mauz zu Gast am IAW

Am 26. Oktober 2018 traf sich die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Annette Widmann-Mauz, zu einem Gedankenaustausch mit dem IAW-Team. Im Zentrum des Gesprächs

stand die Frage, welche Voraussetzungen eine Integration der Geflüchteten in Beschäftigung oder Ausbildung begünstigen und wie die dabei beteiligten Akteure von der Politik noch besser unterstützt werden können.



Staatsministerin Annette Widmann-Mauz mit Tobias Scheu, Günther Klee, Dr. Tobias Brändle, Tobias König und Prof. Dr. Bernhard Boockmann

Foto: IAW

Konferenz: Konsequenzen und Herausforderungen des Brexit

Das Vereinigte Königreich verlässt zum April 2019 die Europäische Union. Dies gefährdet die wirtschaftlichen und politischen Errungenschaften, die in sechs Jahrzehnten der europäischen Integration erzielt wurden. Vor diesem Hintergrund fand am 26. Oktober 2018 am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Tübingen eine Konferenz mit dem Titel „Brexit: Consequences and Challenges“ statt. Mitorganisator war IAW-Direktor Prof. Dr. Wilhelm Kohler.

In den Vorträgen legten hochkarätige Wissenschaftler aus Zürich, Dublin, London und der Bundesrepublik ihre

Sichtweise zu den ökonomischen Kosten, den Auswirkungen auf den Handel, zur rechtlichen Lage sowie zu Inflation und Lebensstandard dar. Professor Dr. Hans-Werner Sinn, ehemals Präsident des ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, hielt die Keynote und leitete damit die abschließende Podiumsdiskussion ein, an der außer ihm Prof. Dr. Wilhelm Kohler und Prof. Dr. Martin Nettesheim teilnahmen.

In der Diskussion wurden durchaus konträre Positionen eingenommen, insbesondere zum Thema der Migration innerhalb der EU. Einig waren sich die Diskutanten dagegen im Fall des Brexit. Die

ökonomische Theorie besage an keiner Stelle, dass die „vier Freiheiten“ (freier Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital) nicht unabhängig voneinander implementiert werden könnten. Es sei daher keineswegs zwingend, sondern sogar schädlich, wenn die EU darauf beharre, dass ein freier Güterhandel mit den EU-Ländern nur möglich wäre, wenn auch keine Barrieren zur Migration bestünden. Alle sollten darauf hinwirken, dass der ökonomische Schaden des Brexit auf beiden Seiten des Ärmelkanals möglichst gering gehalten wird.

PERSONALIA



Anne Zühlke

Seit dem 1. September 2018 ist **Anne Zühlke M.Sc.** als wissenschaftliche Mitarbeiterin am IAW tätig. Sie studierte Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Erwachsenenbildung (B.A.) an der Eberhard Karls Universität Tübingen, wo sie im Anschluss am Hector Institut für Bildungsforschung in empirischer Bildungsforschung und pädagogischer Psychologie auch ihren Master machte. Ihr aktueller Tätigkeitsschwerpunkt liegt im Bereich der Evaluation und Erforschung von Projekten mit Fokus auf Bildung und Weiterbildung.

Am 1. Oktober 2018 nahm **Diplom-Volkswirtin Natalie Laub** ihre Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin am IAW auf.



Natalie Laub

Nach ihrem Studium der Volkswirtschaftslehre mit den Schwerpunkten internationale Wirtschaft und Finanzwissenschaft und Sozialpolitik an der Universität Freiburg war sie von Oktober 2012 bis September 2018 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Sozialpolitik (Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen) an der Universität Freiburg tätig. In ihrer Promotion beschäftigt sie sich mit der Analyse von Rentensystemen und Übergängen zwischen Erwerbsleben und Rente. Am IAW arbeitet sie derzeit bei der Evaluation des ESF-Bundesprogramms zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter in den allgemeinen Arbeitsmarkt mit.



Elke Boldt

Seit dem 1. November 2018 unterstützt **Elke Boldt** das Empfangssekretariat des IAW, das sie ab Januar 2019 übernehmen wird. Zuvor war sie als Assistentin der Geschäftsführung in einem Tübinger Unternehmen tätig.

Fotos: Zühlke (priv.), Laub, Boldt (IAW)

Impressum

Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V. an der Universität Tübingen
Ob dem Himmelreich 1, 72074 Tübingen
Tel. 07071 9896-0, Fax: 07071 9896-99
iaw@iaw.edu, <http://www.iaw.edu>

Verantwortlich: Prof. Dr. Bernhard Boockmann
(Wissenschaftlicher Direktor)

Die IAW-News werden vorzugsweise per E-Mail versandt.